

5941/AB XX.GP

Auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Van der Bellen, Freundinnen und Freunde vom 12. Mai 1999, Nr. 6252/J, betreffend Maßnahmen und Vorbereitungen zum Jahr - 2000 - Problem, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu den Fragen 1 bis 4:

In den ADV - Einrichtungen der Bundesverwaltung besteht schon seit Jahren eine hohe Sensibilisierung hinsichtlich der Jahr - 2000 - Problematik. Dementsprechend wurden die Vorarbeiten zur Bereinigung dieser Probleme bereits früh in Angriff genommen. Die Tests der eingesetzten Hard - und Software auf Jahr - 2000 - Tauglichkeit sind im Gange und werden

laufend fortgesetzt. Die Bereinigung der auftretenden Schwachstellen erfolgt - abgestuft nach Gefährdungspotentialen - im Zusammenhang mit den von den Herstellern gebotenen Möglichkeiten (Herstellergarantien). Im Sinne der größtmöglichen Effizienz wird bei der Lösung dieser Problematik nach einer Strategie vorgegangen, die von einer Risiko/Folgewirkung/Aufwand - Analyse abgeleitet wurde.

Priorität hat die Sicherstellung der Grundversorgung der wichtigsten Strukturen des Ressorts. Schwachstellen bzw. Probleme in nicht kritischen Bereichen können trotz umfangreicher Vorarbeiten und Tests aber nicht völlig ausgeschlossen werden.

In Teilbereichen (z.B. Hardware - Austausch bei PC - Arbeitsplätzen) konnten die Umstellungsarbeiten bereits abgeschlossen werden. Die Überprüfung und Erneuerung im Software - Bereich ist noch im Gange, da die erforderlichen Programm - Updates und Service - Packs bislang noch nicht zur Verfügung standen bzw. erst kürzlich geliefert wurden.

Eine Vielzahl namhafter Software - Hersteller bringt erst jetzt aktuelle Programm - und Patch - Versionen zur Bewältigung des Jahr - 2000 - Problems heraus, sodass die Arbeiten ständig aktualisiert und umgeplant werden müssen. Weiters sind entsprechende Testläufe erst nach Erreichen eines einigermaßen konsolidierten (Jahr - 2000 - tauglichen) Soft - und Hardware - Standes sinnvoll. Die Liste der erforderlichen Aktivitäten wird in monatlichen Prüfungen kontrolliert und aktualisiert.

Die mit der Überwindung der Jahr - 2000 - Problematik verbundenen personellen und finanziellen Aufwendungen sind derzeit nur teilweise abschätzbar, da sie vom Ergebnis der Y2K - Tests abhängig sind und zum Teil durch das Vorziehen von Hard - und Software - Investitionen überlagert werden. In jedem Fall sind die Kosten im Rahmen der vorhandenen Ressourcen (laufende Budgets, Überstundenkontingente) abzudecken.

Zum Jahreswechsel ist eine erhöhte Bereitschaft des unmittelbar betroffenen Personenkreises vorgesehen.

Das massivste Problem bei den Umstellungsarbeiten stellt der Zeitaufwand für die erforderlichen Arbeiten dar. Es sind etwa 450 Arbeitsplatzcomputer zu testen und in verschiedenem Umfang softwaremäßig zu aktualisieren. Weiters sind über zehn Serversysteme umzustellen, die ständig ohne Unterbrechung (7 Tage, 24 Stunden) verfügbar sein müssen. Die Auswirkungen der Zeitumstellung können erst nach den ersten Testläufen erkannt werden. Diese sind erst nach Erreichen eines einigermaßen konsolidierten (Jahr - 2000 - tauglichen) Soft - und Hardware - Standes sinnvoll.

Im übrigen darf auf die beiliegende Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6120/J, betreffend: Das Jahr - 2000 - Problem oder „Y2K“ in der Bundesverwaltung verwiesen werden.

Zu den Fragen 5 bis 9:

Obwohl die Zuständigkeit für die Trinkwasserversorgung nicht beim Bundesministerium für Land - und Forstwirtschaft liegt, werden bereits seit längerer Zeit Informationen zum Y2K - Problem für diesen Bereich eingeholt.

Die ÖVGW - Österreichische Vereinigung für das Gas - und Wasserfach - Wien, ein freiwilliger Zusammenschluss der Wasserwerke Österreichs, hat seit Beginn des Jahres seine Mitglieder auf die spezielle Jahr 2000 - Problematik aufmerksam gemacht und Informationen über die diesbezüglich getroffenen Vorkehrungen mit dem Ziel eines breiten Erfahrungsaustausches verfügbar gemacht. Die Zielgruppe der Wasserwerke ist bereits in vorbildlicher Wahrnehmung ihrer Eigenverantwortlichkeit dabei, potentiell vorhandene Probleme zeitgerecht zwecks Sicherstellung der Versorgungssicherheit zu lösen. Österreichs Wasserwerke versorgen - im internationalen Vergleich - eher kleine bis mittelgroße Versorgungsgebiete. Eine weitreichende technische Aufbereitung des Wassers ist im Regelfall - aufgrund der getroffenen strengen Gewässerschutzregelungen - nicht erforderlich.

Folgende Vorkehrungen stehen bei den Wasserwerken für den Jahresbeginn 2000 in Vorbereitung:

- zeitgerechte Befüllung möglichst aller Behältnisse und Speicherräume,

- erhöhter und verstärkter Bereitschaftsdienst für das Betriebspersonal während der kritischen Zeit des Jahreswechsels,
- Bereitstellung entsprechend überprüfter Notstromaggregate für den Extremfall eines völligen Ausfalls der regulären Energieversorgung über das Netz.

Für den Bereich des Ernährungswesens darf Folgendes festgestellt werden:

Gemäß Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz 1997 (LMBG) kann der Bundesminister für Land - und Forstwirtschaft durch Verordnung bei folgenden Waren

- Lebensmittel einschließlich Trinkwasser,
- Marktordnungswaren im Sinne des § 95 Marktordnungsgesetz 1985, sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse und Tiere die für die Gewinnung von Lebensmitteln geeignet sind,
- Düngemittel,
- Pflanzenschutzmittel,
- Futtermittel und
- Saat - und Pflanzgut

im Falle einer unmittelbar drohenden Störung der Versorgung oder zur Behebung einer bereits eingetretenen Störung unbedingt erforderliche Lenkungsmaßnahmen anordnen, sofern diese Störungen

- keine saisonale Verknappungserscheinung darstellen und
- durch marktkonforme Maßnahmen nicht, nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßigen Mitteln abgewendet oder behoben werden können.

Diese Voraussetzungen müssen vorliegen, damit bei einem Ausfall lebenswichtiger Produkte Verordnungen nach dem LMBG erlassen werden können, die überdies der Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates bedürfen. Eine derartige Krise, die die Versorgung Österreichs lahmlegt und auch das monetäre System treffen würde, ist aufgrund der Vorkehrungen und Aktivitäten im Zusammenhang mit der Jahr - 2000 - Problematik

unrealistisch, sodass im Rahmen des LMBG keine spezifischen legistischen Vorbereitungen getroffen wurden. Generell ist anzumerken, dass "Musterverordnungen" für den Fall des Auftretens besonderer Versorgungsstörungen erarbeitet wurden.

Zu Frage 10:

Es darf auf die Beantwortung der Frage 12 der parlamentarischen Anfrage 6244/J des Herrn Bundeskanzlers verwiesen werden.

**BEILAGE**

Auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Povysil und Kollegen vom 21. April 1999, Nr. 6120/J, betreffend: Das Jahr - 2000 - Problem oder „Y2K“ in der Bundesverwaltung, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu den Fragen 1, 4 und 17:

In den ADV - Einrichtungen der Bundesverwaltung besteht schon seit Jahren eine hohe Sensibilisierung hinsichtlich der Jahr - 2000 - Problematik. Dementsprechend wurden die Vorarbeiten zur Bereinigung dieser Probleme bereits früh in Angriff genommen. Die Tests der eingesetzten Hard - und Software auf Jahr - 2000 - Tauglichkeit sind im Gange und werden laufend fortgesetzt. Die Bereinigung der auftretenden Schwachstellen erfolgt - abgestuft nach Gefährdungspotentialen - im Zusammenhang mit den von den Herstellern gebotenen Möglichkeiten (Herstellergarantien). Im Sinne der größtmöglichen Effizienz wird bei der Lösung dieser Problematik nach einer Strategie vorgegangen, die von einer Risiko/Folgewirkung/Aufwand Analyse abgeleitet wurde.

Priorität hat die Sicherstellung der Grundversorgung der wichtigsten Strukturen des Ressorts, Schwachstellen bzw. Probleme in nicht kritischen Bereichen können trotz umfangreicher Vorarbeiten und Tests aber nicht völlig ausgeschlossen werden.

Zu Frage 2:

Die technische Infrastruktur dieser Anlagen (Strom, Telefon, Klima, Lift etc.) fällt in der Mehrzahl der Fälle nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft. Um die Funktionstüchtigkeit der ADV-Systeme zu gewährleisten, wurde die substituierende Stromversorgung für eine bestimmte Zeit sichergestellt.

Zu Frage 3:

Hinsichtlich der gebotenen Risikoeinschätzung und des erforderlichen Krisenmanagements darf auf die Beantwortung der Frage 5 der parlamentarischen Anfrage 6111/J des Herrn Bundeskanzlers verwiesen werden.

Zu Frage 5:

Von einer Prüfung dieser Geräte wurde aufgrund einer Risiko/Folgewirkung/Aufwandanalyse (Kosten - Nutzen - Verhältnis) abgesehen, jedoch eine Anfrage hinsichtlich Jahr - 2000 - Tauglichkeit an die Hersteller gerichtet. Bezüglich der technischen Geräte, die durch die Gebäudeverwaltung 21 dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, wurde mit der Gebäudeverwaltung 21 bereits seit längerem Kontakt aufgenommen.

Zu Frage 6:

Soweit es sich um wesentliche Sicherheitseinrichtungen handelt, wurden die Systeme in Abstimmung mit den Herstellern geprüft. Auf diese Weise wurden die Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit auch nach der Jahr - 2000 - Wende geschaffen.

Zu Frage 7:

Die vom Bundesministerium für Land - und Forstwirtschaft genutzten Telefoneinrichtungen werden von der Gebäudeverwaltung 21 bereitgestellt. Im Bereich der Kommunikationsanlagen läuft derzeit seitens der Bundesbaudirektion Wien für die Gebäudeverwaltung 21 ein Vergabeverfahren zur gänzlichen Erneuerung der Telefon - und Kommunikationsanlagen mit Installationsbeginn Anfang Oktober 1999. Bei diesem Vergabeverfahren spielt die Y2K - Tauglichkeit des neuen Telefonanlagenverbundes im Regierungsgebäude Stubenring 1 samt angeschlossener Außenstellen des Bundesministeriums für Land - und Forstwirtschaft eine zentrale Rolle.

Zu den Fragen 8 und 9:

Dem Ressorts sind derzeit keine derartigen Partner bekannt. Es wurden daher keine alternativen Angebote eingeholt.

Zu Frage 10:

In Verträgen mit Jahr - 2000 - Relevanz wurde soweit wie möglich diese Vereinbarung berücksichtigt. Bei der Beschaffung von Neugeräten wurde diese Klausel vereinbart.

Zu den Fragen 11, 12, 13 und 15:

Die weitere Vorgangsweise im Bereich der ADV ist weitgehend vom Ergebnis der Jahr - 2000 - Tauglichkeitstests von Hard - und Software abhängig. Derzeit sind die Tests und Bereinigungsvorgänge noch nicht abgeschlossen. Gegebenenfalls wird aufgrund einer etwaigen Erforderlichkeit ein Risikomanagementplan zu erstellen sein, in dem auch Außenstellen zu berücksichtigen sind.

Zu den Fragen 14 und 19:

Die Jahr - 2000 - Risiken im Zusammenhang mit der Infrastruktur des Ressorts sind bekannt. Alle denkbaren und bekannten Gefährdungspotentiale werden abgedeckt.



Zu Frage 16:

Seitens des Bundesministeriums für Land - und Forstwirtschaft wurden derartige Verträge nicht abgeschlossen.

Zu Frage 18:

Soweit ein Datenaustausch stattfindet, wurden Tests und Zeitpläne mit den jeweiligen Partnern vereinbart und abgestimmt.

Zu den Fragen 20 und 21:

Die bereits erfolgten und noch durchzuführenden Jahr - 2000 - Prüfungen werden in Checklisten festgehalten. Diese werden regelmäßig aktualisiert.

Zu Frage 22:

Die mit der Überwindung der Jahr - 2000 - Problematik verbundenen personellen und finanziellen Aufwendungen sind derzeit zwar noch nicht abschätzbar, in jedem Fall aber im Rahmen der vorhandenen Ressourcen (laufende Budgets, Überstundenkontingente) abzudecken. Zum Jahreswechsel ist eine erhöhte Bereitschaft des unmittelbar betroffenen Personalkreises vorgesehen.

Zu Frage 23:

Alle ADV - Anwendungen, die über das Jahr 2000 hinaus in Betrieb sein werden, wurden überprüft. In der Mehrzahl der Applikationen ist die Anpassung der Datumsverarbeitung ausreichend. Einzelne Anwendungen werden auslaufen und mit neuen Software - Werkzeugen nachgebildet [Ersatz der RDB - Anwendungen (z.B. Kreditevidenz) durch andere Datenbanksysteme (MS SQL Server)].

Zu den Fragen 24 und 25:

Es darf auf die Beantwortung der Frage 18 verwiesen werden. Soweit ein relevanter Datenaustausch stattfindet, wird die technische Funktionalität überprüft und erforderlichenfalls bereinigt.

Zu Frage 26:

Es darf auf die Beantwortung der Frage 23 verwiesen werden. Einzelne Anwendungen werden ausgetauscht und durch neue ersetzt [z.B. Büroautomation und Kommunikation mittels ALLin1 wurde ersetzt durch PC - Lösungen mit Microsoft - Office - Produkten; Kreditevidenz (Datenbankanwendung auf RDB) wird ersetzt durch eine Lösung basierend auf MS SQLServer] bzw. fließen in neue Applikationen ein (z.B. Ministerzahlenevidenz geht in Kanzlei - Informations - System auf).

Zu Frage 27:

Der Umstellungsaufwand ist nur teilweise abschätzbar, da er vom Ergebnis der Y2K - Tests abhängig ist und zum Teil durch das Vorziehen von Hard - und Software - Investitionen überlagert wird. In jedem Fall sind die Kosten aus dem laufenden Budget abzudecken.

Zu Frage 28:

Es darf auf die Beantwortung der Frage 23 verwiesen werden. Die Tests hinsichtlich des Schaltjahres (29.2.2000) wurden im Rahmen der Jahr - 2000 - Überprüfung miterledigt.

Zu Frage 29:

Aufgrund der Ergebnisse der Risikoeinschätzung wurde eine derartige Maßnahme für den Ressortbereich nicht vorgesehen.

Zu Frage 30:

Hinsichtlich der internationalen Zusammenarbeit darf auf die Beantwortung der Frage 32 der parlamentarischen Anfrage 6111/J des Herr Bundeskanzlers verwiesen werden

Zu Frage 31:

Bei der Förderung von Projekten, welche EDV gestützte Applikationen nützen, wurde im Sinne einer effizienten Mittelvergabe soweit wie möglich eine derartige Vereinbarung aufgenommen.